

Zur Staatsdumawahl zugelassene Parteien, Bewegungen und Blöcke. (Teil I)

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1999). *Zur Staatsdumawahl zugelassene Parteien, Bewegungen und Blöcke. (Teil I)*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 58/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48322>

Nutzungsbedingungen:

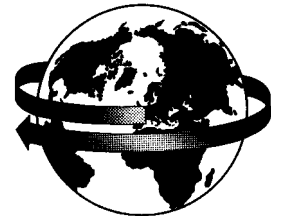
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen *Wahlen in Rußland
1999/8*

Nr. 58/1999

2. Dezember 1999

Zur Staatsdumawahl zugelassene Parteien, Bewegungen und Blöcke (**Teil I**)

Zusammenfassung

Zur Wahl der Staatsduma ließ die Zentrale Wahlkommission insgesamt 28 Parteien, Bewegungen, Blöcke und Wählervereinigungen zu, die sich durch Sammeln von 200.000 Unterschriften oder Hinterlegen einer Wahlsicherheitssumme registrieren lassen konnten. Die zur Wahl zugelassenen Parteien werden in zwei Analysen vorgestellt. Gegenüber den vorhergehenden Staatsdumawahlen fällt auf, daß diesmal keine eigentliche "Partei der Macht" kandidiert. Zudem tritt die KPRF de facto mit drei Listen zur Staatsdumawahl an. Diese Zersplitterung der Kommunisten ist auch Ausdruck der Tatsache, daß es bei den bevorstehenden Wahlen nicht mehr um die Frontstellung Demokraten gegen Kommunisten, sondern föderale Nomenklatur Jelzins gegen Moskauer Nomenklatur Lushkows geht. Wie in den vergangenen Jahren, sind auch bei dieser Wahl die Demokraten zersplittert, was dazu führen wird, daß sie – mit Ausnahme von Jabloko – schlecht abschneiden werden. Andererseits gilt dies auch für die Nationalisten.

Bis Anfang September 1999 bewarben sich 35 Parteien, Bewegungen und Blöcke um die Registrierung für die Staatsdumawahl. Voraussetzung dafür ist das Sammeln von Unterschriften oder Hinterlegen einer Wahlsicherheitssumme. Streng prüfte die Zentrale Wahlkommission die zu diesem Zweck eingereichten Listen mit 200.000 Unterschriften pro Partei, wobei nicht mehr als 14.000 aus einem Föderationssubjekt stammen dürfen (Wahlgesetz Art. 43, Abs. 2). Als alternative Voraussetzung zur Registrierung führte das neue Staatsdumawahlgesetz vom 24. Juni 1999 die Hinterlegung einer Wahlsicherheitssumme (Art. 45, Abs. 5) in Höhe des 25.000fachen des Mindestlohns (2 Mio. Rubel oder 143.885,- DM) ein (Art. 64, Abs. 4), die verloren ist, wenn die Partei nicht in die Staatsduma gewählt wird. Ferner müssen die Kandidaten erstmals die Herkunft ihrer Einkommen offenlegen (Art. 66, Abs. 2a und Anlage).¹ Wenn es dabei Ungereimtheiten gab, z.B. wenn die in den Unterschriftenlisten angegebenen Adressen nicht existierten oder wenn Kandidaten die Herkunft eines Teils ihres Einkommens nicht erklärten, wurde die betreffende Partei nicht registriert.

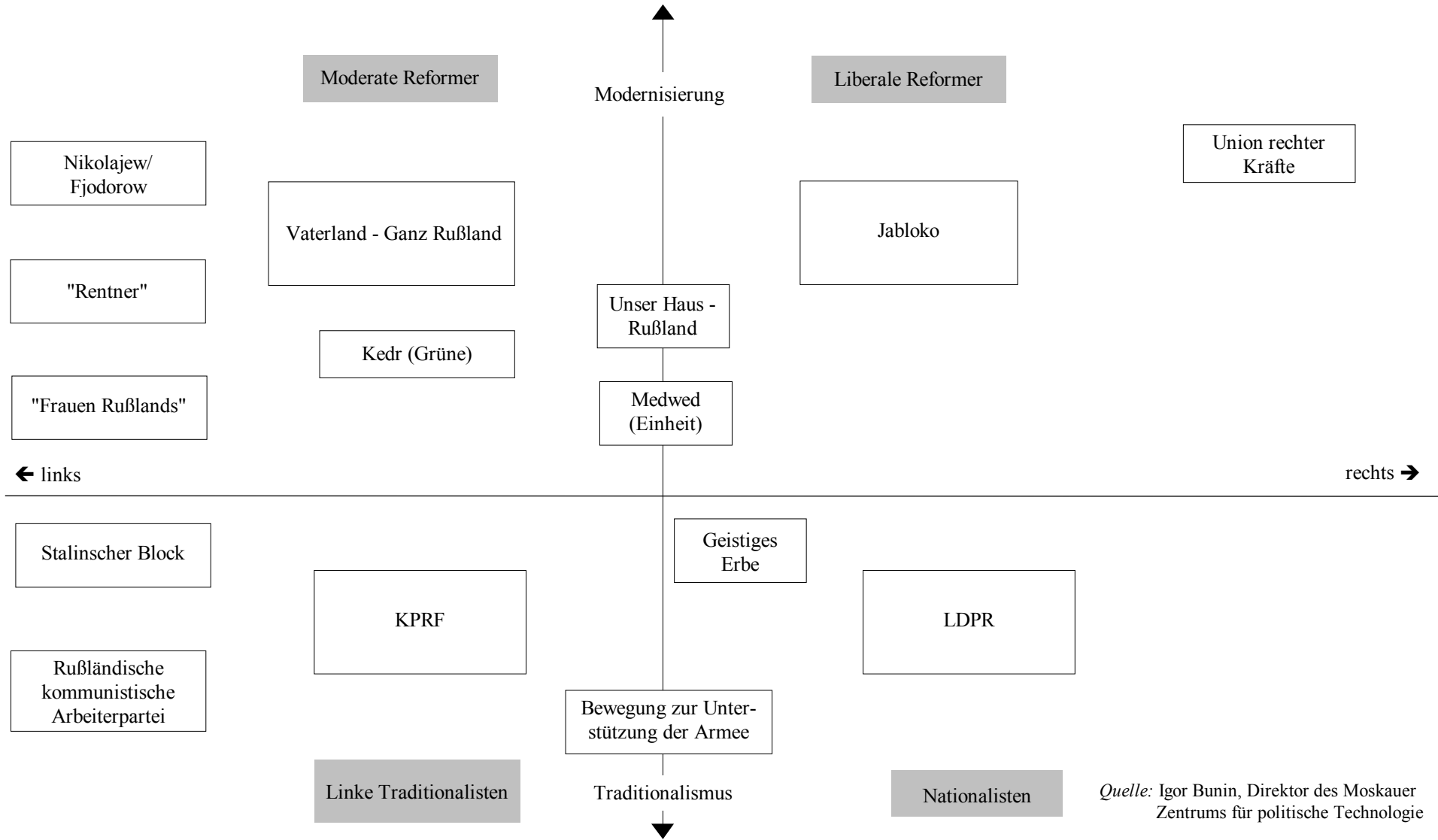
¹ Zum Wahlgesetz vgl.: Eberhard Schneider, Das neue russische Dumawahlgesetz. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 43/1999.

Liste der zur Wahl zugelassenen Parteien

No.	Partei/Bewegung/Block/ Wählervereinigung	Anzahl Listen- kandi- daten	Anzahl Direkt- kandi- daten	Registrierung durch
1	"Konservative Bewegung Rußlands"	87	2	Geld
2	"Rußländischer gesamtnationaler Bund"	219	69	Unterschriften/ Geld
3	"Frauen Rußlands"	98	21	Unterschriften
4	"Stalinscher Block – für die UdSSR"	203	30	Geld
5	"Jabloko"	175	135	Unterschriften
6	"Kommunisten, Werktätige Rußlands – für die Sowjetunion"	270	78	Unterschriften
7	"Frieden, Arbeit, Mai"	125	36	Geld
8	"Block General Andrej Nikolajew und Akademienmitglied Swjatoslaw Fjodorow"	247	133	Geld
9	"Geistiges Erbe"	158	225	Unterschriften
10	"Kongreß russischer Gemeinden und Bewegung Jurij Boldyrews"	188	86	Geld
11	"Partei des Friedens und der Einheit"	125	19	Geld
12	"Rußländische Partei zum Schutz der Frauen"	20	-	Geld
13	"Medwed" ("Bär")	181	42	Unterschriften/ Geld
14	"Sozialdemokraten"	61	15	Geld
15	"Zur Unterstützung der Armee"	167	29	Geld
16	"Block Shirinowskij"	84	-	Geld
17	"Für Bürgerwürde"	90	20	Geld
18	"Vaterland – Ganz Rußland"	255	78	Unterschriften
19	"Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation"	270	140	Unterschriften
20	"Bewegung patriotischer Kräfte – Russische Sache"	89	18	Geld
21	"Gesamtrussische politische Partei des Volkes"	48	-	Geld
22	"Union rechter Kräfte"	192	109	Unterschriften
23	"Ökologische Partei Rußlands ‚Zeder‘ (Grüne)"	89	93	Geld
24	"Unser Haus – Rußland"	255	78	Unterschriften
25	"Sozialistische Partei Rußlands"	72	17	Geld
26	"Partei der Rentner"	75	62	Unterschriften/ Geld
27	"Russische sozialistische Partei"	199	147	Unterschriften

28	"Rußländische Konservative Partei der Unternehmer"	?	?	?
----	--	---	---	---

POLITISCHE ORIENTIERUNGEN DER PARTEIEN



Quelle: Igor Bunin, Direktor des Moskauer Zentrums für politische Technologie

Die 28 zur Staatsdumawahl am 19. Dezember 1999 zugelassenen Parteien, Bewegungen, Blöcke und Wählervereinigungen wurden in der von der Zentralen Wahlkommission durch Losverfahren ermittelten Reihenfolge wiedergegeben,² die mit der Reihenfolge auf dem Wahlzettel identisch sein dürfte. Sie wurde in Form einer Tabelle gekleidet, denn sie enthält zusätzliche Angaben über die Anzahl der Kandidaten auf den föderalen Listen und in den Direktwahlkreisen der jeweiligen Partei usw. Ferner wird mitgeteilt, ob die Registrierung durch das Sammeln von 200.000 Unterschriften erfolgte oder durch das Hinterlegen einer Wahlsicherheitssumme. Die 28 Parteien und Blöcke haben insgesamt rund 3.700 Kandidaten aufgestellt.³

Das Oberste Gericht entschied Anfang November, daß die Zentrale Wahlkommission die "Rußländische Konservative Partei der Unternehmer" doch zur Wahl zulassen muß, was am 22. November dann auch geschah. Die Zentrale Wahlkommission hatte die Partei nicht registriert, weil ein Spitzenkandidat, der Sänger Jurij Antonow, die Herkunft seines Einkommen nicht vollständig deklariert hatte. Das Oberste Gericht entschied, daß die Zentrale Wahlkommission nur das Recht habe, aus diesem Grund die betreffenden Kandidaten zurückzuweisen, nicht aber die gesamte Parteiliste.⁴ Da die Reihenfolge der Parteienamen auf dem Wahlzettel bereits ausgelost ist, dürfte die "Rußländische Konservative Partei der Unternehmer" wahrscheinlich am Ende des Wahlzettels stehen.

Unter dem Namen "Spas" war die faschistische Bewegung "Russische nationale Einheit" (RNE)⁵ von der Zentralen Wahlkommission zur Wahl zugelassen worden. RNE war wegen ihres Radikalismus nicht vom russischen Justizministerium registriert worden. Dagegen wurde "Spas" am 18. Dezember 1998 vom Justizministerium registriert. Spitzenkandidaten sind Alexander Barkaschow (Jg. 1953, Hochschulbildung, Karatelehrer, RNE-Vorsitzender), Wladimir Dawidenko (Jg. 1948, Hochschulbildung, Stellvertretender Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Gesundheitsschutz, Mitglied der LDPR-Fraktion, Vorsitzender von "Spas") und Dmitrij Belik (Jg. 1950, Hochschulbildung, Generaldirektor des Sibirischen wissenschaftlichen Forschungszentrums für Medizintechnik in Nowosibirsk).

Am 25. November entschieden die zwölf Mitglieder der Zentralen Wahlkommission einstimmig, "Spas" die Registrierung zur Wahl wieder zu entziehen. Zuvor hatte ein Moskauer Gericht der Klage des Justizministeriums stattgegeben, der zufolge die Bewegung nicht an der Wahl teilnehmen darf, weil sie falsche Angaben über die Zahl ihrer regionalen Gliederungen gemacht hatte. Die Berufung, die von "Spas" gegen diesen Entscheid dann eingelegt worden war, lehnte ein Moskauer Gericht ab.⁶

Die politische Einordnung wichtiger Parteien, Bewegungen, Blöcke und Wahlbündnisse kann obigem Koordinatensystem entnommen werden. Im folgenden werden die zur Staatsdumawahl zugelassenen Parteien mit ihren Spitzenkandidaten in der Reihenfolge in obiger Tabelle kurz vorgestellt.⁷ Diejenigen drei Parteien und Bewegungen, die laut Umfragen⁸ die größten Chancen haben, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und in der Staatsduma Fraktionen zu bilden, werden nicht vorgestellt, weil zu ihnen bereits Einzelanalysen erschienen sind: die Vereinigung "Jabloko", die

² Kommersant-Daily, 4.11.1999. Nezawisimaja gazeta, 10.11.1999. Mitteilung der Zentralen Wahlkommission.

³ ITAR-TASS, russ., 19.12.1999, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor-Dienst Osteuropa, 22.11.1999, S. 7 f.

⁴ Nezawisimaja gazeta, 13.11.1999; Segodnja, 13.11.1999; RFE/RL Newline, Part I, 4.11.1999, 15.11.1999, 23.11.1999.

⁵ Zu RNE vgl.: Eberhard Schneider, Rechtsextremismus in Rußland. Berichte des BIOst, Nr. 53-1995, S. 13-15, 19.

⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.1999.

⁷ Hauptquellen: Central'naja izbiratel'naja komissija Rossijskoj Federacii (Hrsg.), Obščerossijskie izbiratel'nye ob-edinenija nakanune vyborov deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii tret'ego sozryva. Spravočnik. Moskau 1999. Informacionno-kspertnaja gruppa "Panorama" (Hrsg.), Vyборы – 99. Čast' I: Izbiratel'nyj mehanizm, itogi prežnich vyborov po regionam, izbiratel'nye ob-edinenija, izbiratel'nye komissii. Moskau 1999. Datenbank "Labirint" der Informations-Expertengruppe "Panorama".

⁸ Vladimir Petuchov, Rußland am Vorabend der Parlamentswahlen. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 42/1999. Ders., Die Wahlkampagne zu den Staatsdumawahlen. Die zweite Etappe. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 48/1999. Eine dritte Aktuelle Analyse zu den Umfrageergebnissen ist in Vorbereitung.

⁹ Galina Luchterhandt, "Jabloko" vor den Dumawahlen. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 44/1999.

"Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation" (KPRF)¹⁰ und der Wahlblock "Vaterland – Ganz Rußland"¹¹.

Kurzbeschreibung der zugelassenen Parteien

"Konservative Bewegung Rußlands"

Ziel dieser Bewegung, die im April 1998 registriert wurde, ist die Entwicklung des russischen Wirtschaftssystems in Richtung einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Das Wahlsystem soll sich an den einzigartigen Erfahrungen des russischen Semstwo-Systems orientieren. Spitzenkandidaten sind: Lew Uboshko (Jg. 1933, Hochschulbildung, ehemaliger Dissident und langjähriger GULAG-Häftling, Vorsitzender der Bewegung), Wladimir Burenin (Jg. 1945, Rektor der Handelshochschule des russischen Handelsministeriums) und Andrej Tischkow (Jg. 1961, Hochschulbildung, Präsident der Vereinigung der Kleinunternehmer des Gebiets Moskau).

"Rußländischer gesamtnationaler Bund"

Der Bund, der sich inzwischen Partei nennt, wurde bereits 1992 registriert, als er noch eine Bewegung war. Spitzenkandidaten sind der Stellvertretende Staatsdumavorsitzende und Vorsitzende des Bundes, Sergej Baburin (geb. 1959), der gemäßigt nationalistische Positionen vertritt, Nikolaj Leonow (geb. 1928, Professor am Moskauer "Institut für internationale Beziehungen" des russischen Außenministeriums) und Nikolaj Pawlow (geb. 1951, Hochschulbildung, Berater Baburins und Stellvertretender Vorsitzender des Bundes). Bei den Staatsdumawahlen 1995 erhielt der Bund 1,61% der Stimmen bei der Listenwahl und 9 Mandate bei der Direktwahl. In der Staatsduma trat der Bund der KPRF-nahen Gruppe "Volksmacht" bei, die vom letzten sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolaj Ryshkow geleitet wird.

"Frauen Rußlands"

Die Bewegung "Frauen Rußlands", deren Registrierung bereits 1993 erfolgte, ging aus dem ehemaligen "Komitee sowjetischer Frauen" hervor, dessen Nachfolgeorganisation die "Union der Frauen Rußlands" wurde. Bei der Staatsdumawahl 1993 erhielt sie 8,13% oder 21 Mandate. 1995 halbierte sich ihr Stimmenanteil auf 4,61%, so daß sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen konnte. Allerdings errang sie drei Direktmandate. Spitzenkandidatinnen sind: Alewtina Fedulowa (Jg. 1940, Hochschulbildung, 1994-1995 Stellvertretende Staatsdumavorsitzende, Vorsitzende der "Union der Frauen Rußlands"), Galina Karelowa (Jg. 1950, Hochschulbildung, Stellvertretende Ministerin für Arbeit und soziale Entwicklung) und Nina Wesseolowa (Jg. 1951, Hochschulbildung, Vorsitzende der Gewerkschaft der Beschäftigten in der Textil- und Leichtindustrie des Gebiets Moskau).

"Stalinscher Block – für die UdSSR"

Dieser Block setzt sich wie folgt zusammen: aus der Bewegung "Werktägliches Rußland" ("Trudovaja Rossija") mit dem Vorsitzenden Viktor Anpilow (Jg. 1945, Hochschulbildung, Gründungsredakteur der Zeitung "Molnija"), der nationalistischen "Union der Offiziere" mit dem Vorsitzenden Stanislaw Terechow (Jg. 1955, Hochschulbildung, Chefredakteur der Zeitung "Union der Offiziere") und der

¹⁰ Heinz Timmermann, Die KP Rußlands: Eine systemintegrierte strukturkonservierende Protestpartei. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 49/1999.

¹¹ Eberhard Schneider, Die Bewegung "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR). Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 50/1999.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>

E-mail: administration@biost.de

rechts-konservativen Bewegung "Union" unter dem Vorsitzenden Jewgenij Dshugaschwili (Jg. 1936, Hochschulbildung, Rentner), einem Enkel Stalins. Sie sind auch die Spitzenkandidaten des Blocks.

"Kommunisten, Werktätige Rußlands – für die Sowjetunion"

Diese Bewegung wurde im August 1998 registriert und verfolgt die Wiederherstellung der UdSSR auf freiwilliger Grundlage. Spitzenkandidaten sind Viktor Tjulkin (Jg. 1951, Hochschulstudium, Vorsitzen-

der der "Russischen kommunistischen Arbeiterpartei" [RKAP], die bei der letzten Staatsdumawahl mit 4,53% beinahe die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen hätte), Anatolij Krjutschkow (Jg. 1944, Hochschulbildung, Vorsitzender der "Russischen Partei der Kommunisten", welche die russische Gesellschaft auf den sozialistischen Entwicklungsweg zurückführen, den Marxismus-Leninismus wieder zur führenden Ideologie erheben und das System der Sowjets wieder einführen möchte¹²) und Wladislaw Assejew (Jg. 1939, technische Mittelschulbildung, Parteisekretär der RKAP des Gebiets Kursk).

"Frieden, Arbeit, Mai"

Politische Rückschlüsse auf diesen Wahlblock kann man nur über dessen Spitzenkandidaten ziehen: Alexander Burkow (Jg. 1967, Hochschulbildung, Mitglied des Komitees für Wirtschaftspolitik, Budget, Finanzen und Steuern der Vertreter der Gesetzgebenden Versammlung des Gebiets Swerdlowsk, Vorsitzender des Industrieparlaments des Gebiets Swerdlowsk¹³), Walerij Truschnikow (Jg. 1950, Hochschulbildung, Stellvertretender Vorsitzender der Duma des Gebiets Swerdlowsk) und Alexander Tatarin (Jg. 1946, Wissenschaftler am Wirtschaftsinstitut der Abteilung Ural der Russischen Akademie der Wissenschaften). Bei dieser Liste handelt es sich praktisch um eine Regionalliste des Gebiets Swerdlowsk, deren Vertreter offensichtlich marktwirtschaftliche Positionen vertreten.

"Block General Andrej Nikolajew und Akademiemitglied Swjatoslaw Fjodorow"

Zu diesem Block fanden sich der ehemalige Direktor des Föderalen Grenzdienstes, Armeegeneral Andrej Nikolajew, und das Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, Swjatoslaw Fjodorow, zusammen. Nikolajew (Jg. 1949) war im Dezember 1997 wegen Differenzen mit Jelzin von seinem Amt zurückgetreten. Im April 1998 wurde er in die Staatsduma nachgewählt und gründete dann die Bewegung "Union für Volksmacht und Arbeit". Nikolajew tritt mit seiner Bewegung mittelfristig für die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems ein, was aber erst möglich sei, wenn Rußland über ein stabiles Parteiensystem verfügt. Außenpolitisch hält die Bewegung Deutschland (in Europa), China (in Asien) und die USA für die für Rußland wichtigsten Länder.¹⁴ Swjatoslaw Fjodorow (Jg. 1927) ist Abgeordneter der Staatsduma, ein weltberühmter berühmter Augenchirurg und Vorsitzender der "Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen", die bei der letzten Staatsdumawahl 3,98% der Stimmen bekam. Diese Partei tritt für die Selbstverwaltung in der Wirtschaft in allen Eigentumsformen und für die örtliche sowie gesellschaftliche Selbstverwaltung auf allen Ebenen ein.

Eberhard Schneider

(Teil II setzt die Kurzporträts der Parteien fort.)

¹² Eberhard Schneider, Rußland auf Demokratiekurs? Neue Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften in Rußland, Ukraine und Weißrußland, Köln 1994, S. 27 f., 171.

¹³ Informacionno-kspertnaja gruppja "Panorama" (Hrsg.), Deputaty organov predstavitel'noj vlasti sub-ektov Rossijskoj Federacii. Moskau 1999, S. 337.

¹⁴ Äußerung Nikolajews dem Autor gegenüber im April 1999.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de